

Argumentarium: **NEIN** zur ungerechten Steuergesetzrevision

 Abstimmung am 18. Mai 2025

Die wichtigsten Gründe für ein **NEIN**

✅ **80 % der Steuererleichterungen gehen an die Reichsten** – die breite Bevölkerung profitiert kaum.

💰 **6 Millionen Franken für die 60 reichsten Aargauer:innen** – genauso viel wie für 60'000 Familien.

⚠️ **70 % der Bevölkerung haben gar kein steuerbares Vermögen** – sie gehen komplett leer aus.

🏠 **Die Abschaffung des Eigenmietwerts bedroht die Finanzen der Gemeinden** – grosse Unsicherheit für die Zukunft.

😊 **Die Erhöhung der Kinderabzüge ist ein Ablenkungsmanöver** – sie bringt fast nur Gutverdienenden etwas.

📊 **Investitionen in Bildung, Sicherheit und Gesundheit sind gefährdet** – weniger Einnahmen bedeuten Leistungsabbau oder höhere Gebühren.

🌍 **Die Revision widerspricht internationalen Entwicklungen** – während andere Länder Superreiche stärker besteuern, schenkt der Aargau ihnen Geld.

👤 **Statt ungerechter Steuersenkungen braucht es echte Familienentlastung!**

🚫 **Darum am 18. Mai: NEIN zur Steuergesetzrevision!** 🚫

Darum geht es

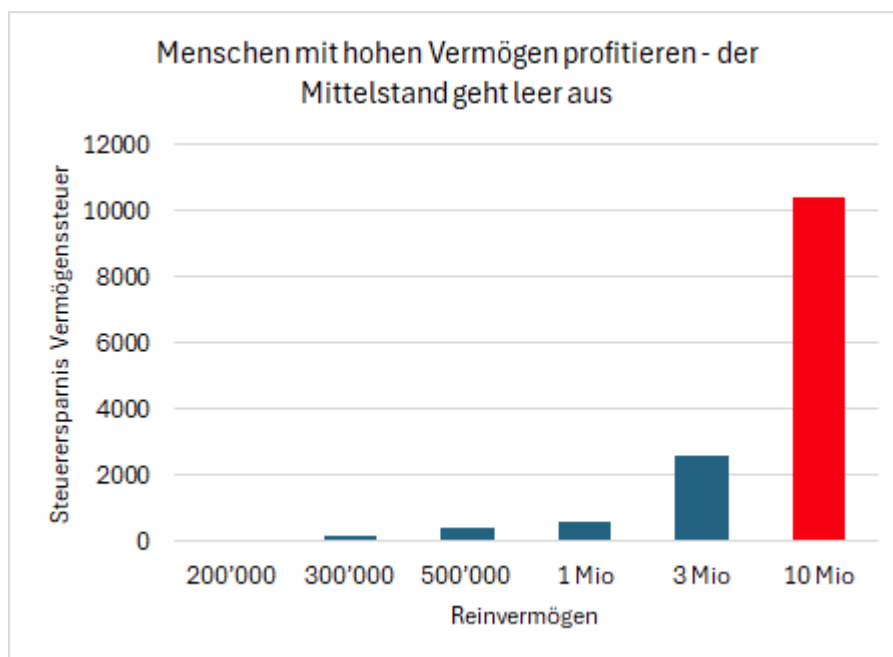
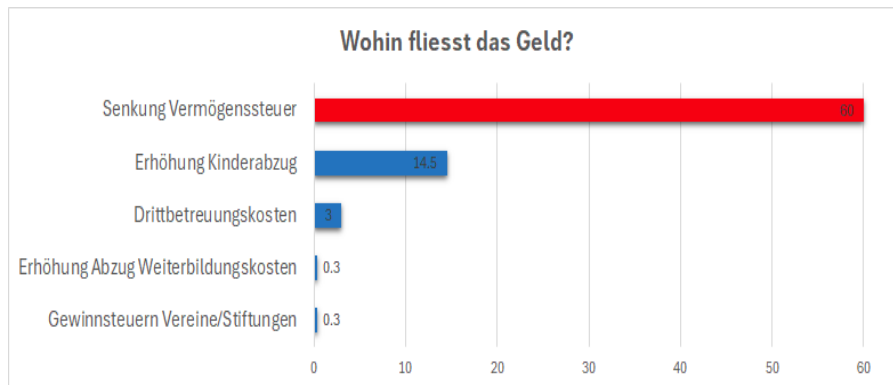
Die Liegenschaften im Kanton Aargau sind seit Jahren steuerlich zu tief bewertet. Darum kommt es jetzt aufgrund des Verwaltungsgerichtsurteils vom 16. September 2020 zu einer Erhöhung der Steuerwerte. Laut Botschaft des Regierungsrats zur Steuergesetzrevision 2025 werden damit rund 110 Millionen CHF mehr Steuern eingenommen.

Der Regierungsrat beabsichtigt, die höheren Einnahmen mit Steuersenkungen zu kompensieren. Davon profitieren in erster Linie Menschen mit hohem Vermögen. 80% des Geldes wird an die Reichsten verteilt. **Der Mittelstand zahlt, Reiche profitieren.**

Ausserdem drohen je nach Ausgang künftiger Massnahmen von Bund und Kanton hohe Steuerausfälle für den Kanton und die Gemeinden, die am Ende der Mittelstand bezahlen wird.

💰 Einseitige Steuererleichterungen auf Kosten der Allgemeinheit

Die geplante Steuergesetzrevision des Kantons Aargau verspricht Steuererleichterungen – doch in Wahrheit profitieren fast nur die Reichsten. Während die breite Bevölkerung leer ausgeht oder gar mehr bezahlt, werden Millionen an Vermögende verteilt.



Eine gerechte Steuerpolitik muss sich an der **Leistungsfähigkeit** orientieren. Doch genau dieser Grundsatz wird mit der Revision aufgeweicht. Fast **80 % der Steuererleichterungen** fließen direkt in eine **Senkung der Vermögenssteuer**, von der nur eine kleine Minderheit profitiert. **Zwei Drittel der Aargauer:innen haben überhaupt kein steuerbares Vermögen** – und gehen leer aus. Rund 93% der Steuerzahlenden haben ein steuerbares Vermögen unter 1 Million CHF und lediglich 0.2% eines, das über 10 Millionen liegt.

Das Ziel der Revision wird deutlich, wenn wir genauer hinsehen: Der höchste Steuersatz wird für Vermögen über 1.2 Millionen CHF einfach gestrichen. **Die Progression, die**

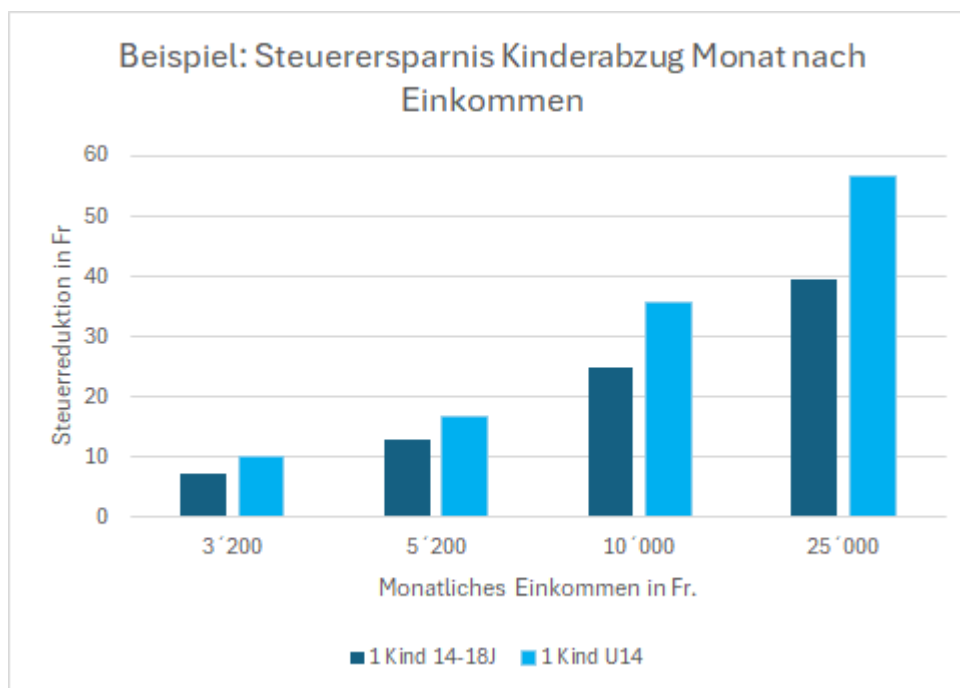
eigentlich für eine gerechte Steuerverteilung sorgen sollte, wird damit einfach ausgehöhlt.

Die absurde Folge davon ist, dass **6 Millionen Franken allein an die 60 vermögendsten Aargauer:innen fließen** – genauso viel wie an 60'000 Familien zusammen. Diese eklatante Schieflage zeigt, dass die Revision nicht im Interesse der Mehrheit ist, sondern eine Politik der Umverteilung von unten nach oben.

👶 Kinderabzüge: Ein Ablenkungsmanöver

Ein kleiner Teil der Revision betrifft die Erhöhung der Kinderabzüge. Diese wird als Entlastung für Familien verkauft, doch der Effekt ist minimal. **Familien mit tiefen und mittleren Einkommen profitieren kaum oder gar nicht**, da der Steuerabzug vor allem für hohe Einkommen relevant ist.

Da die Einkommenssteuer progressiv ist, profitieren Gutverdienende überproportional von Steuerabzügen. Wer wenig verdient, zahlt bereits geringe oder gar keine Einkommenssteuern – und kann von den zusätzlichen Abzügen kaum oder gar nicht profitieren. Eine gezielte Familienförderung würde über direkte Unterstützungsmaßnahmen wie Familienergänzungsleistungen oder höhere Prämienverbilligungen erfolgen. Doch genau solche Massnahmen wurden in den vergangenen Jahren von der bürgerlichen Mehrheit blockiert. Deshalb ist der Aargau auch beim Aufbau von Tagesschulen schweizweit auf dem letzten Platz.



Besonders absurd ist, dass **viele Familien mit Wohneigentum durch die Revision am Ende sogar mehr Steuern bezahlen**, weil ihre Liegenschaften höher bewertet werden, während die Gegenmassnahmen nicht ausreichend sind. Die vermeintliche Familienfreundlichkeit dieser Revision ist also nichts weiter als ein **Ablenkungsmanöver**.

Obwohl dieser Kinderabzugs-Beschluss bereits beim eidgenössischen Referendum 2020 sehr deutlich abgelehnt worden ist, hofft die Regierung wohl nun, dass die Aargauer Stimmbevölkerung dieses Mal darauf reinfällt.



Gefährdete Investitionen in die Zukunft

Während Millionen in die Taschen der Reichsten fliessen, fehlt das Geld an anderen Stellen. In den nächsten zehn Jahren muss der Kanton Aargau **über 1,2 Milliarden Franken in Schulen und Berufsbildung investieren**. Zudem fehlen **Lehrpersonen, Polizeikräfte und Pflegepersonal**, was ebenfalls massive Investitionen erfordert.

Wenn die Steuereinnahmen sinken, gibt es nur zwei Möglichkeiten: **Leistungen kürzen oder Gebühren und Steuern erhöhen**. Das bedeutet, dass entweder Bildung, Sicherheit und Gesundheitsversorgung leiden oder die ganze Bevölkerung durch steigende Gebühren und Steuern zur Kasse gebeten wird.

Die Befürworter:innen der Revision argumentieren, dass tiefere Steuern die Wirtschaft stärken. Doch das Gegenteil ist der Fall: Ein starker Service Public und gut ausgebaute öffentliche Dienstleistungen, gute Verkehrs- und ÖV-Anbindungen sowie eine gute Infrastruktur sind entscheidend für eine funktionierende Wirtschaft. **Wer heute Steuern für die Reichsten senkt, riskiert morgen steigende Kosten für alle.**



Finanzielles Risiko für Gemeinden

Nicht nur der Kanton, sondern auch die Gemeinden werden durch diese Reform belastet. Viele Gemeinden stehen bereits heute unter finanziellem Druck. Die Steuergesetzrevision ignoriert zukünftige **Mindereinnahmen** durch die **Abschaffung des Eigenmietwerts**.

Die Aargauer Steuergesetzrevision **basiert auf der Annahme von Mehreinnahmen durch höhere Eigenmietwerte**. Sollte das Volk der Abschaffung des Eigenmietwerts zustimmen, fehlen dem Kanton und den Gemeinden mindestens 100 Millionen - was je nach Gemeinde bis zu 6 Steuerprozent ausmacht. Dieses Risiko wird von der Regierung ignoriert, was in den kommenden Jahren insbesondere für die Gemeinden zu erheblichen finanziellen Problemen führen wird.

Viele Gemeinden werden gezwungen sein, Steuern zu erhöhen oder Leistungen zu kürzen, weil ihnen die finanziellen Mittel entzogen werden. Besonders stark betroffen sind finanziell schwächere Gemeinden, die weniger Steuersubstrat haben und ohnehin schon um Stabilität kämpfen.

Das ist erst der Anfang einer Salomitaktik

Denn diese Abstimmung zur Steuergesetzrevision ist erst der erste Schritt einer kantonalen Steuerstrategie zu Gunsten der Reichen und Gutverdienenden. Bei einem Ja zu dieser Vorlage folgt bereits die nächste Revision.

Mit der [Botschaft vom 11. September 2024](#) stellte der Regierungsrat die Steuergesetzesrevision 2025 vor. Gemäss Steuerstrategie 2022-2030 sind mehrere Umsetzungspakete geplant.

Auch bei der im zweiten Paket angedachten **Senkung der obersten Tarifstufe der Einkommensteuer** profitieren nur jene, die ein steuerbares Einkommen von über 117'500 CHF (Tarif A, alleinstehend) respektive 235'000 CHF (Tarif B, verheiratet, alleinstehend mit Kindern, etc.) haben. Das sind im Tarif A weniger als 5% und im Tarif B weniger als 10% der Steuerzahlenden. Das heisst also: **95% der Alleinstehenden und 90% der Familien und eingetragenen Partnerschaften profitieren überhaupt nicht von dieser Massnahme.**



Echte Familienentlastung statt ungerechte Steuersenkungen

Statt Millionen an Vermögende zu verteilen, braucht es gezielte Massnahmen zur Unterstützung von Familien. Die SP fordert deshalb:

- ❖ Kinderabzug direkt von der Steuerrechnung – unabhängig vom Einkommen, damit alle profitieren.
- ❖ Aufbau von Tagesschulen, was auch der Wirtschaft zugute käme, da momentan in vielen Familien ein Elternteil gar nicht und nur mit reduziertem Pensum arbeiten kann.
- ❖ Familienergänzungsleistungen für Haushalte mit tiefen und mittleren Einkommen, um echte Entlastung zu schaffen.
- ❖ Ausbau der Prämienverbilligungen, damit Krankenkassenkosten nicht die Haushaltsbudgets sprengen.
- ❖ Mehreinnahmen in die Individualbesteuerung investieren, damit Ehepaare nicht steuerlich benachteiligt werden.

Statt einer ungerechten Umverteilung von unten nach oben braucht es eine faire und soziale Steuerpolitik, die Familien wirklich hilft!

Ein Nein ist ein Ja zu mehr Gerechtigkeit


Diese Steuergesetzrevision ist ungerecht, einseitig und gefährlich. Sie begünstigt die Reichsten, während der Mittelstand und Menschen mit geringen Einkommen nichts davon haben oder gar mit Mehrkosten belastet werden. Gleichzeitig gefährdet sie wichtige Investitionen und setzt die Gemeinden unter Druck.

Deshalb braucht es ein klares **NEIN am 18. Mai 2025**.

Ein Nein bedeutet:

- ✓ Keine ungerechten Steuergeschenke für die Reichsten
- ✓ Erhalt wichtiger Investitionen in Bildung, Gesundheit und Sicherheit
- ✓ Finanzielle Stabilität für Gemeinden und den Kanton
- ✓ Eine Steuerpolitik, die sich an der Leistungsfähigkeit orientiert

Was bedeutet das für dich?

 Du hast **KEIN** Vermögen über 1,2 Mio.? Dann profitierst du nicht.

 Du hast Kinder? Dann bringt dir die Revision kaum etwas.

 Du lebst in einer Gemeinde mit knappen Finanzen? Dann drohen Steuererhöhungen oder Leistungsabbau.

 Die Wahrheit: Der Mittelstand zahlt die Geschenke an die Reichsten!

 Darum am 18. Mai: **NEIN** zur Steuergesetzrevision! 

 Informiere dich & teile diese Infos!